

Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, JA!/Esther Oester, GB): Keine Armee-Propaganda-Show in Bern!

Die Schweizer Armee plant laut Armeechef André Blattmann eine „Visibilitäts-Offensive“ in allen Kantonen. So sollen in verschiedenen Städten Strassen-Shows durchgeführt werden, damit die Armee in der Bevölkerung wieder präsenter sei. Blattmann in einem Artikel der Zeitung „Sonntag“ vom 10. November 2012: „Es könnte so aussehen: Wir bauen in Bern eine Brücke über die Aare, lassen Panzer über sie fahren, ziehen ein Infanterie-Sicherungsdispositiv auf – und die Bevölkerung kann zuschauen.“ Die Schweizer Armee – noch selten in einer grösseren Sinnkrise als heute – scheint also nicht nur mit der zunehmenden Militarisierung der inneren Sicherheit neue Aufgabenfelder zu suchen, sondern will ihre kriegerische Propaganda der Zivilbevölkerung gleich direkt aufdrängen. Spektakuläre Shows und Panzer-Defiles sollen die wachsende Kritik der Menschen an der teuren und nutzlosen Armee also dämpfen. Das öffentliche Zurschaustellen von Armee-Propaganda erinnert an Diktaturen und Kriegsgebiete. Kriegsmaterial einerseits mit Showeinlagen zu verniedlichen und andererseits die Bevölkerung an die Präsenz von Militärs zu gewöhnen ist eine alte Strategie derjenigen, die Gewalt und Krieg zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen einsetzen wollen. Die Motionärinnen sind jedoch überzeugt: Armee und Demokratie vertragen sich nicht. Wir wollen eine zivile Gesellschaft, welche Probleme mit demokratischer Partizipation, gewaltlosen Strategien und friedlicher Konfliktlösung angeht. Nicht das Recht des Stärkeren soll beworben werden, sondern zivile Friedensförderung und gewaltfreie Konfliktlösung. Zudem ist es nicht zu rechtfertigen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch noch für Propagandaaufwand der Armee in die Tasche greifen müssen. In der Stadt Bern, in der Gewaltprävention betrieben wird, hat die Armee mit ihrem Propagandaaufgebot nichts verloren. Das Glorifizieren von Tötungsmaschinen und „Soldatenehre“ gehört nicht in eine Gesellschaft, die sich bemüht, gegen Gewalt und Gewaltverherrlichung vorzugehen. Die Stadt Bern ist also im Namen des Friedens geheissen, gegen die Pläne der Armeespitze aufzubegehren.

Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat deshalb auf, auf dem Gebiet der Stadt Bern keine Strassen-Shows der Armee zu bewilligen.

Bern, 15. November 2012

Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, JA!/Esther Oester, GB): Aline Trede, Judith Gasser, Hasim Sancar, Stéphanie Penher, Lea Bill, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Monika Hächler, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft die Frage, ob der Gemeinderat der Armee – sollte sie dereinst ein Gesuch für eine Veranstaltung in Bern stellen – eine Bewilligung erteilen wird. Dieser Entscheid fällt inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt daher der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte sie erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel

und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Wie erwähnt, hat die Armee bei der Stadt kein Gesuch eingereicht um Durchführung einer Veranstaltung. Sollte dereinst ein solches Gesuch vorliegen, so wird der Gemeinderat dieses nach den üblichen Kriterien prüfen. Solange indessen nicht bekannt ist, in welchem Kontext, mit welcher Belegung des öffentlichen Grunds, in welchem zeitlichen Rahmen die Veranstaltung stattfinden würde, und solange auch nicht abgeschätzt werden kann, ob und wie sich eine solche Veranstaltung allenfalls mit anderen Veranstaltungen oder Nutzungen des öffentlichen Grunds vereinbaren liesse, ist es dem Gemeinderat nicht möglich, die gesetzlich geforderte Prüfung und Interessensabwägung vorzunehmen.

Es erübrigt sich daher im heutigen Zeitpunkt, eine inhaltliche Stellungnahme abzugeben. Die zuständige Direktion und gegebenenfalls der Gemeinderat können und werden sich dann mit der Thematik beschäftigen, wenn ein konkretes Gesuch der Armee vorliegt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 15. Mai 2013

Der Gemeinderat